

REGIONALER PLANUNGSVERBAND OBERPFALZ-NORD

Niederschrift

über die

öffentliche Sitzung

des Planungsausschusses

am 15.05.2007

im Pfarrheim

in Wackersdorf

Beginn 10.⁰⁰ Uhr
Ende 10.⁵⁵ Uhr

Anwesende:**Mitglieder**

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann
 Stadtrat Josef Kummert
 Landrat Armin Nentwig
 Bürgermeister Franz Birkl
 Bürgermeister Gerd Geismann
 Bürgermeister Gotthard Färber
 Bürgermeister Helmut Ott
 Bürgermeister Hans Drexler
 stv. Landrat Willi Neuser
 Bürgermeister Josef Zilbauer
 Bürgermeister Robert Dotzauer
 Bürgermeister Werner Windisch
 Landrat Volker Liedtke
 Bürgermeister Johann Eibauer
 Kreisrat Hans Kraus
 stv. Landrat Joachim Hanisch
 Bürgermeister Alois Seegerer
 Bürgermeister Wolfgang Bayerl
 Bürgermeister Wilfried Neuber
 stv. Landrat Herbert Hahn
 Bürgermeister Werner Nickl

stellvertretende Mitglieder

stv. Bürgermeister Michael Cerny
 Stadtrat Karlheinz Rothballe
 stv. Landrat Ludwig Bayer
 Kreisrat Fritz Betzl

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Beschlussfähigkeit
2. Zentrale Orte, Verbindlicherklärung?
3. 16. Fortschreibung des Regionalplans, Beteiligungsverfahren
4. Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2007
5. Vorlage der Jahresrechnung 2006 und Beschlussfassung über die örtliche Rechnungsprüfung
6. Bekanntmachungen
7. Bericht des Vorsitzenden
8. Verschiedenes

TOP 1: Begrüßung, Beschlussfähigkeit

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder und den örtlichen Bürgermeister Alfred Jäger, die Regierung der Oberpfalz mit Herrn Koch und Herrn Friedl in Begleitung von Frau Reitingner, die Verwaltung mit den Herren RD Steghöfer, Kämmerer Murr, Geschäftsführer Wittmann und Frau Michl sowie einen Vertreter der Presse.

Bürgermeister Jäger bezeichnete Wackersdorf in seinem Grußwort als Industriegemeinde, die nicht mehr mit den schlagzeilenträchtigen Verhältnissen aus den 80-iger Jahren zu vergleichen sei. Mit dem angesiedelten Industriegebiet, inzwischen 4.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, bester Infrastruktur und der Entwicklung angepasster Wohnbebauung wäre die Aufstufung zum Unterzentrum durchaus gerechtfertigt. Aus dem durch mehrmalige Umsiedlungen Mitte des letzten Jahrhunderts entstandenen Braunkohleabbau sind mittlerweile großflächige Seenlandschaften geworden, die zusammen mit modernen Freizeiteinrichtungen wie z.B. der Go-Kart-Bahn einen attraktiven Fremdenverkehrsstandort bieten. Die aktuell mit Hilfe der Regierung der Oberpfalz erreichte bauliche Entwicklung am Murner See wird dazu beitragen. Sorgen bereitet noch die Verkehrsentwicklung (Ausbau der B 85) mit der notwendigen Umgehungsstraße zum Industriegebiet und BMW-Innovationspark. Landrat Simon Wittmann dankte Bürgermeister Jäger für seine Gastfreundschaft und die Vorstellung seiner Gemeinde und verwies hinsichtlich des Unterzentrums auf TOP 2 der Sitzung.

Die Sitzungsladung vom 17.04.2007 erfolgte rechtzeitig; mit 24 anwesenden Ausschussmitgliedern war die Beschlussfähigkeit gegeben. Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

TOP 2: Zentrale Orte, Verbindlicherklärung?

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann verwies auf die Planungsausschusssitzung vom 23.06.2006 in Schönsee, wo zu insgesamt zehn Höherstufungsanträgen nach fachlicher Abwägung beschlossen wurde, die Gemeinde Ursensollen, den Markt Luhe-Wildenau und den Markt Moosbach als Kleinzentrum einzustufen und die Stadt Pfreimd, die Gemeinde Weiherhammer und den Markt Wernberg-Köblitz zu Unterzentren aufzustufen.

Bei der für Regionalplanänderungen erforderlichen Verbindlicherklärung hat die Regierung der Oberpfalz aber nur Wernberg-Köblitz akzeptiert und alle anderen abgelehnt, weil sie nicht den Einstufungskriterien des LEP entsprächen. Dazu gäbe es lt. Landrat Simon Wittmann folgende Reaktionsmöglichkeiten für den Planungsausschuss:

- a) Als Rechtsmittel ist nur Klage zum Verwaltungsgericht möglich, die aber wegen der geltenden LEP-Vorgaben kaum bzw. eher keine Aussichten auf Erfolg bietet.
- b) Die Entscheidung der Regierung der Oberpfalz rechtskräftig werden lassen, was aufgrund einer unzutreffenden Rechtsbehelfsbelehrung erst im Oktober 2007 sein wird.
- c) Verbindlichen Rechtsmittelverzicht erklären, was eine frühere Rechtskraft für Wernberg-Köblitz brächte.
- d) Gegenüber der Regierung der Oberpfalz zum Ausdruck bringen, dass der Planungsausschuss die vorgenommene Beurteilung durch die Regierung der Oberpfalz nicht teilt und im Verantwortungsbewusstsein für die Region an den Höherstufungsbeschlüssen vom 23.06.2006 festhält.
- e) Zusätzlich mit einer Resolution verlangen, dass die LEP-Kriterien für Zentrale Orte angepasst und starre Kriterien durch Entscheidungsrahmen ersetzt bzw. ergänzt werden müssen.

Bürgermeister Windisch bemerkte dazu, wegen der Lage von Weiherhammer im Stadt-Umlandbereich Weiden i.d. OPf. habe seine Gemeinde erhöhte Anforderungen zu erfüllen, die wiederum wegen der Weiden-Nähe unerreichbar wären (z.B. Polizeidienststelle oder Einzelhandelsumsatz). Aufgrund der tatsächlichen Entwicklung bei den Arbeitsplatzzahlen und einer entstehenden Altenpflegeeinrichtung bat Bürgermeister Windisch, alles zu unternehmen, um die Gemeinde voranzubringen.

Auf Vorschlag des Verbandsvorsitzenden erging folgender einstimmiger

B e s c h l u s s:

1. **Gegen den Regierungsbescheid vom 06.10.2006 wird keine Klage zum Verwaltungsgericht erhoben.**
2. **Der Regierung der Oberpfalz wird erklärt, dass der Planungsausschuss die Höherstufungsbeschlüsse vom 23.06.2006 nicht zurücknimmt.**
3. **Der Verbandsvorsitzende erhält den Auftrag, eine Resolution an die Staatsregierung zu richten und entsprechende Forderungen für eine LEP-Fortschreibung zu erheben.**

Zwischenzeitlich wurde mit Schreiben vom 22.05.2007 folgende Resolution an die Bayer. Staatskanzlei, das StMWIVT und die regionalen Mitglieder des Bayer. Landtags gerichtet:

Resolution zum System Zentrale Orte

Der Planungsausschuss der Region Oberpfalz-Nord hatte zu einer Reihe von Höherstufungsanträgen am 23.06.2006 beschlossen, nur die Gemeinde Ursensollen, den Markt Luhe-Wildenau und den Markt Moosbach zu Kleinzentren sowie die Stadt Pfreimd, die Gemeinde Weiherhammer und den Markt Wernberg-Köblitz zu Untertzentren „aufzustufen“. Die Regierung der Oberpfalz hat nur bei Wernberg-Köblitz zugestimmt aber alle anderen Einstufungen von der Verbindlicherklärung zur 14. Regionalplanänderung ausgenommen, weil sie nicht mit den Zielen des LEP 2006 übereinstimmten, d.h. die erforderlichen Kriterien nicht erfüllten.

In der Planungsausschusssitzung vom 15.05.2007 stieß dies auf Unverständnis, weil es der Verantwortung für die Region nicht entsprechen kann, eine Aufgabe nach unten zu delegieren und gleichzeitig dazu einen Entscheidungsspielraum auf Null einzuschränken. Demzufolge wird vom Planungsverband gefordert, das LEP in diesem Punkt baldmöglichst fortzuschreiben und dabei die starren Kriterien für die unteren Zentralitätsstrukturen aufzuweichen bzw. Ersatzkriterien zuzulassen.

Es widerspricht der regionalplanerischen Koordinierung in strukturschwachen Räumen wenn z.B. überörtliche Fremdenverkehrsfunktionen, angesiedelte Industrieparke, zentrale Haupt- oder Musikschulen bzw. ein Hallenbad für alle umliegenden Schulstandorte nicht einmal als Hilfskriterium für zentralörtliche Funktionen gewertet werden dürfen. Außerdem bedingen das Vorrangprinzip für den ländlichen Raum und die in besonderem Maße zu stärkenden Teilräume, dass Entwicklungen nicht mit Ausschlusskriterien verhindert sondern mit größerer Bandbreite (Rahmenkriterien) Chancen eröffnet werden, mit regionalspezifischen Besonderheiten zentralörtliche Bedeutungen zu stabilisieren. Gleichzeitig darf die konzeptionelle Überarbeitung aber nicht dazu führen, z.B. aufgrund demographischer Entwicklungen die regionale Infrastruktursteuerung einzuschränken oder zu erschweren. Vielmehr sind dezentrale Konzentrationen und flächendeckende Versorgung zu stärken und zeitgemäßere Erfordernisse bei der Auswahl und Breite von Zentralitätskriterien zu berücksichtigen. Der Planungsverband fordert deshalb alle Verantwortlichen auf, dem Vorhalteprinzip des Infrastrukturangebots auch bei veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden und deshalb insbesondere das Kriteriensystem der zentralen Orte im Sinne des Vorrangs ländlicher Teilräume bald und entscheidend zu verbessern.

TOP 3: 16. Fortschreibung des Regionalplans, Beteiligungsverfahren

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann erinnerte an Vorschläge aus dem Teilraumgutachten, verstärkt Kooperationen zu bilden. Als eine der ersten haben dies die Bürgermeister im Bereich Amberg/Sulzbach-Rosenberg aufgegriffen und unter Moderation von Herrn Friedl eine Reihe von Entwicklungszielen definiert.

Herr Friedl erläuterte dazu, dass 13 beteiligte Gemeinden zu einem Kooperationsraum zusammengefunden und in einem intensiven Abstimmungsprozess beispielsweise bei der Gewerblichen- und Wohnsiedlungsentwicklung, Verkehrserschließung oder Naherholung sachorientierte Problemlösungen und Strategien entwickelt haben. Diese neuen Ziele der räumlichen Ordnung und Planung (auch im Hinblick auf die EMN) sollen nun Eingang in den Regionalplan finden. Dazu ist das übliche Anhörungsverfahren durchzuführen und zusätzlich eine gesonderte Strategische Umweltprüfung vorzunehmen.

Bürgermeister Geismann lobte die hervorragende Moderation durch Herrn Friedl in den letzten zwei Jahren sowie die außergewöhnlich gute Vorbereitung des vorliegenden Entwurfs zur Regionalplanänderung und empfahl dem Gremium uneingeschränkte Zustimmung.

Bürgermeister Birkl regte zum Kapitel B I 7 an, auch den Höhenrücken zwischen B 85 und St. 2040 von Amberg über Poppenricht nach Sulzbach (im Volksmund Erzberg genannt) einzubeziehen, was im Anhörungsverfahren jederzeit möglich ist und dann geprüft und dem Planungsausschuss wieder vorgelegt wird.

Es erging folgender einstimmiger

B e s c h l u s s :

„Der vorgelegte Entwurf der 16. Änderung des Regionalplans vom 15.05.2007 wird grundsätzlich befürwortet. Der Regionsbeauftragte wird mit der Erstellung eines Umweltberichts entsprechend der Strategischen Umweltprüfung (SUP) beauftragt. Die Geschäftsführung wird beauftragt, nach Vorlage des Umweltberichtes das Beteiligungsverfahren sowie die Strategische Umweltprüfung entsprechend der Richtlinie 2001/42/EG einzuleiten und durchzuführen. Der Regionsbeauftragte erhält den Auftrag, die eingehenden Stellungnahmen zu prüfen und das Auswertungsergebnis vorzulegen“.

TOP 4: Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2007

Weil nach der Novellierung des BayLplG nun der Planungsausschuss für alle Haushaltsangelegenheiten zuständig ist, schlug Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann vor, vom zweijährigen Turnus abzugehen und für jedes Jahr einen Haushaltsplan aufzustellen. Kreiskämmerer Anton Murr erläuterte kurz die Rahmendaten des Haushalts, die Rücklagen-situation und die 2007 zu erwartende Zuweisung des StMWIVT. Die einzelnen Haushaltspositionen sind im zugesandten Vorbericht erläutert. Das Zahlenwerk beziffert jeweils Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 53.280,-- € im Verwaltungshaushalt und 27.070,-- € im Vermögenshaushalt.

Ohne Diskussion erging folgender einstimmiger

B e s c h l u s s :

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Oberpfalz-Nord beschliesst die vorliegende Haushaltssatzung für das Jahr 2007 mit Haushaltsplan und den Anlagen gemäß § 2 Abs. 2 KommHV sowie den Finanzplan für die Jahre 2006 bis 2010.

TOP 5: Jahresrechnung 2006, Rechnungsprüfung

Das festgestellte Jahresrechnungsergebnis 2006 wurde vom Planungsausschuss zur Kenntnis genommen.

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann verwies auf die geänderte Verbandssatzung, wonach kein Rechnungsprüfungsausschuss mehr besteht sondern § 18 Abs. 1 nunmehr bestimmt, dass der Planungsausschuss jährlich beschließt, welches Verbandsmitglied mit seinem Rechnungsprüfungsamt tätig wird. Damit soll die Arbeit verteilt und Transparenz geschaffen werden.

Landrat Volker Liedtke bat darum, wegen personeller Veränderungen bei seinem Fachpersonal nicht gleich als erster dran zu kommen. Daraufhin war Landrat Armin Nentwig bereit, von seinem Amt prüfen zu lassen. Es erging deshalb einstimmiger

B e s c h l u s s:

Die Jahresrechnung 2006 wird dem Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Amberg-Sulzbach zur örtlichen Prüfung zugeleitet.

TOP 6: Bekanntmachungen

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann gab folgendes bekannt:

1) Verbindlicherklärungen

- 12. Änderung, Hirschwald, RABl. Nr. 9 in Kraft zum 01.08.2006
- 13. Änderung, Hochwasser, RABl. Nr. 13 in Kraft zum 01.11.2006
- 15. Änderung, Kooperationsräume, RABl. Nr. 14 in Kraft zum 01.11.2006.

2) Verbandssatzung

Bekanntmachung der Neufassung im RABl. Nr. 17, in Kraft seit 28.11.2006.

3) Jahresrechnung 2005

Die örtliche Prüfung wurde (letztmals) vom Rechnungsprüfungsausschuss am 13.07.2006 durchgeführt. Erinnerungen ergaben sich keine.

4) Eiltentscheidung

Auf Bitten der Bürgermeister im Kooperationsraum Drehscheibe A 93/A 6 hatte sich Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann im Januar 2007 bemüht, Dr. Weber von der Fachhochschule kurzfristig für die Durchführung eines Workshops mit Grundlagen-erarbeitung und Ergebnisbericht zu gewinnen. Dafür sind Kosten von 5.000,-- € angefallen; ein Sitzungstermin des Planungsausschusses konnte nicht abgewartet werden.

Es erging einstimmiger

B e s c h l u s s:

Kenntnisnahme.

TOP 7: Bericht des Vorsitzenden

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann trug vor, dass die Verbandsversammlung am 17.10.2006 eine Gesamtfortschreibung des Regionalplans nach dem neuen LEP beschlossen und folgenden Zeitplan vorgegeben hat:

- Entwürfe für einzelne Fachbereiche bis Anfang 2008 an den bestehenden Planungsausschuss
- Anhörungsverfahren und Auswertung wegen der Kommunalwahlen erst im Sommer/Herbst 2008
- Beschlüsse durch den neu gebildeten Planungsausschuss Anfang 2009
- Gesamtbeschluss der Verbandsversammlung im Frühjahr 2009.

Die Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN) hat sich auf der Suche nach sogenannten Mega-Gewerbeflächen an die Bezirksregierungen gewandt. Der Verbandsvorsitzende wird sich einschalten und versuchen, auch Flächen in den Landkreisen Neustadt a.d. Waldnaab und Tirschenreuth zu benennen, um zu testen, ob sich die EMN nur für das Kerngebiet interessiert oder auch bereit ist, das sogenannte metropolitane Netz in die Vermarktung einzubeziehen.

Wegen Kartendarstellungen der A 6 im Paneuropäischen Korridor Nr. IV hatte sich der Vorsitzende bereits an die EMN gewandt und eine Verdeutlichung der A 6-Trasse Nürnberg–Prag gegenüber der Schienenstrecke über Marktredwitz–Eger verlangt. Eine Korrektur wurde zwischenzeitlich in Aussicht gestellt.

Vorbereitet wird eine zweite Ergänzungslieferung zur Loseblattsammlung des Regionalplans, um mit der Aktualisierung nicht auf die Gesamtfortschreibung im Jahr 2009 warten zu müssen.

TOP 8: Verschiedenes

Zu Presseberichten über einen aktuellen Vorstoss von MdL Donhauser wegen des Schienenausbaus und der Elektrifizierung Nürnberg–Amberg–Schwandorf–Furth i.W. verwies Vorsitzender Simon Wittmann auf bisherige Beschlüsse und Resolutionen des Planungsverbandes und die aktuelle Fassung des Regionalplans.

Verbandsvorsitzender Landrat Simon Wittmann und Landrat Volker Liedtke griffen noch das aktuelle Thema Bundespolizeireform auf. Danach soll u.a. das bisherige Amt in Schwandorf aufgelöst und eine Direktion in München angesiedelt werden. Dies wäre eindeutig gegen den ländlichen Raum gerichtet, über den zwar viel geredet aber im Gegensatz dazu nichts getan würde, fasste Landrat Volker Liedtke zusammen. Es müsse daher gefordert werden, die Direktion nicht entfernt vom Aufgabenbereich und Zuständigkeitsgebiet in München vorzusehen sondern in Schwandorf einzurichten, wo beste Voraussetzungen dafür gegeben wären. Der Bayer. Landtag habe dies bereits aufgegriffen und sich über alle Parteien hinweg einmütig für Schwandorf ausgesprochen. Landrat Simon Wittmann und Landrat Armin Nentwig betonten, dass auch Beamte und Familien über den Landkreis Schwandorf hinaus von der Reform betroffen wären. Einstimmig wurde deshalb beschlossen, mit einer Resolution die Schwandorfer Forderungen zu unterstützen.

Zwischenzeitlich ist der nachstehende Text den Staatsministern Eberhard Sinner, Emilia Müller, Dr. Günther Beckstein und Erwin Huber sowie den regionalen Abgeordneten des Bundes- und Landtags zugeleitet worden.

Resolution zur Bundespolizeireform

Der Planungsausschuss der Region Oberpfalz-Nord hat sich in seiner Sitzung vom 15.05.2007 in Wackersdorf auch mit der Bundespolizeireform befasst.

Dabei ging es insbesondere um das Bundespolizeiamt in Schwandorf mit seiner Zuständigkeit für 1700 Beschäftigte und dem 350 km langen Grenzraum Bayerns zu Tschechien. Dieses Amt darf nicht durch eine neu aufzubauende Behörde im Ballungsraum München ersetzt sondern muss am Standort verbleibend zur Direktion aufgewertet werden.

Schwandorf liegt fast genau in der Mitte des Grenzbereiches zwischen Selb und Freyung, wird durch wichtige Verkehrsadern wie die A 93, A 6 und B 85 erschlossen und liegt im Schnittpunkt der Bahntrassen München–Hof und Nürnberg–Prag. Aus strukturpolitischen und auch fachlichen Gründen wäre deshalb eine Wegverlagerung der bundespolizeilichen Aufgaben aus dem Zuständigkeitsbereich nicht akzeptabel. Nicht der boomende Ballungsraum München braucht eine neue Einrichtung sondern der strukturschwache Grenzraum darf nicht weiter ausbluten.

Die Planungsausschussmitglieder verwiesen zudem deutlich auf die landesentwicklungspolitischen Gegebenheiten und fassten zusammen, „über den ländlichen Raum darf nicht nur geredet, es muss auch etwas dafür getan werden“.

Der Regionale Planungsverband Oberpfalz-Nord fordert deshalb unter Hinweis auf das neue Landesentwicklungsprogramm 2006 ausdrücklich das dort verankerte Vorrangprinzip des ländlichen Raumes ein. Der Landkreis Schwandorf und die gesamte Region sind als ländlicher Teilraum definiert, dessen Entwicklung in besonderem Maße gestärkt werden soll (siehe Ziele A I 1.1 und 4.4). Am Beispiel der Bundespolizeireform kann sich zeigen, wie intensiv die Bayer. Staatsregierung und die verantwortlichen Ministerien die vorgegebenen Ziele, insbesondere die vorrangige Entwicklung des ländlichen Raumes verfolgen.

Mit einem nochmaligen Dank an Bürgermeister Jäger schloss der Verbandsvorsitzende die Sitzung um 10.⁵⁵ Uhr.

Regionaler Planungsverband Oberpfalz-Nord
Neustadt a.d. Waldnaab, 23.05.2007

Simon Wittmann
Landrat und Verbandsvorsitzender

Karl Wittmann
Geschäftsführer